

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

49. **JU** NRW-Tag

Die Zukunft trägt  
Deine Handschrift

**Generation JU**

**DEINE STADT. DEINE HEIMAT. DEIN EUROPA.**

29. März 2014 in Paderborn  
#nrwtage49

## **„Unsere Kommunen – unsere Zukunft“**

**Erklärung der Jungen Union NRW zur Kommunalwahl 2014**

**Beschluss zum 49. JU NRW-Tag**

**am 29. März in Paderborn**

## **„Unsere Kommunen – unsere Zukunft“**

Die Veränderung des Großen beginnt im Kleinen! Insbesondere die Entscheidungen der Stadt- und Gemeinderäte und Kreistage sind es, die unmittelbar Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in allen Regionen von Nordrhein-Westfalen haben. Nirgends ist der Kontakt zu den Menschen direkter. Daher hat diese für die Junge Union NRW einen ganz besonderen Stellenwert. Hier übernehmen viele junge Menschen politische Verantwortung für ihre Heimat. Dabei sind sie nicht nur parteipolitisch aktiv, sondern vertreten die Bürger auch direkt in den Kreistagen und Stadt- und Gemeinderäten. Darüber hinaus sind viele Rats- und Kreistagskandidaten aus den Reihen der Jungen Union oft auch im vorpolitischen Raum, wie z. B. Kirche, Vereine, etc. aktiv.

Neben ihrer eigenständigen Bedeutung für unsere Städte und Gemeinden legt die Kommunalwahl 2014 aber auch den Grundstein für einen Politikwechsel im Land NRW! Schon bei den Kommunalwahlen 1999 konnte die CDU den nötigen Rückhalt für einen überzeugenden Wahlsieg bei der Landtagswahl 2005 gewinnen. Die über 8.000 amtierenden Rats- und Kreistagsmitglieder und 20.000 Christdemokraten, die als Kandidaten für die Räte und Kreistage antreten, sind daher bei den anstehenden Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 die Botschafter der Union für die Wiederholung dieses Erfolges.

Viele junge Menschen gestalten vor Ort Politik aktiv mit, sind Ideengeber und Verantwortungsträger. Genau das ist der Anspruch den die Junge Union NRW auch für die kommende Kommunalwahl formuliert. Die CDU ist die Kommunalpartei in NRW und die JU ist die Zukunft christdemokratischer Kommunalpolitik! Daher möchte die Junge Union mit diesem Programm einige Leitlinien für eine erfolgreiche Kommunalpolitik in den Städten in Nordrhein-Westfalen vorlegen.

### ***Kommunen in Nordrhein-Westfalen – ein schönes Stück Heimat***

Nordrhein-Westfalens Kommunen haben viel zu bieten. Kein anderes Bundesland ist so facettenreich. Zwischen urbanem Großstadtgefühl in Köln, Düsseldorf oder Essen und ländlicher Idylle im Münsterland, Ostwestfalen-Lippe, dem Sauerland oder der Eifel bestehen große Unterschiede, aber auch viele Gemeinsamkeiten. Es gilt diese Vielfalt als

Chance zu nutzen! Dafür müssen den Kommunen und Kreisen aber auch weiterhin eigenständige Entfaltungs- und Gestaltungschancen verbleiben. Subsidiarität ist für uns also nicht nur ein Schlagwort, sondern eine verpflichtende Aufgabe an das eigene politische Handeln. Eigenständigkeit und Verantwortung der kommunalen Familie zu erhalten und zu stärken, ist eine Grundidee christdemokratischer Kommunalpolitik.

Für die Junge Union NRW ist klar, dass eine ländliche oder mittelständisch geprägte Region anderen Herausforderungen gegenübersteht als ein städtisch und industriell geprägter Raum. Es macht daher in einem derart vielfältigen Bundesland keinen Sinn, den kommunalen Handlungsspielraum einzuengen und die kommunale Familie gegeneinander auszuspielen. Konkret bedeutet das für die Junge Union:

- Städte und Gemeinden benötigen mehr Spielraum und Gestaltungsfreiheit anstelle zentraler Direktiven und Bevormundung. Nur mit einem authentischen und selbstbestimmten Profil bleiben die Kommunen weiterhin Heimat der dort lebenden Menschen und können sich als eigenständige Marke im kommunalen Wettbewerb etablieren.
- Die Regierungspräsidien mit den Regierungsbezirken sowie Landschaftsverbände sind abzuschaffen. Die Junge Union NRW spricht sich entsprechend für eine Verwaltungsstrukturreform insbesondere bei den Mittelbehörden im Sinne einer effizienteren Aufgabenerledigung aus. Dabei sollen die wichtigen Aufgaben der Landschaftsverbände und Regierungsbezirke an die Landkreise bzw. kreisfreie Städte und übergeordneten Ministerien abgegeben werden, um überflüssige Verwaltungsstrukturen und Kosten zu sparen.
- Die Landesregierung muss es den Kommunen ermöglichen, ohne Bevormundung über die Entwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde zu entscheiden. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum: Durch eine überbordende Landesentwicklungsplanung dürfen Initiativen für kleinere Orte nicht im Keim erstickt werden.
- Für eine dauerhafte Akzeptanz politischer Entscheidungen müssen wir die Teilhabe junger Menschen an Politik erhöhen. Ein erster Schritt hierzu ist die Beteiligung von jungen Menschen an der lokalen Politik. Wir unterstützen daher das Ansinnen der CDU NRW, was seit jeher auch die Forderung der Jungen Union ist, für jeden

Stadt- oder Gemeinderat und Kreistag mindestens einen JU-ler als Vertreter der Jugend zur Wahl zu stellen. Wir fordern außerdem eine stärkere Verankerung der lokalen Politik und die Erläuterung von Entscheidungsprozessen an den Schulen. Jugendparlamente sind, da, wo sie funktionieren, eine Möglichkeit, um das Interesse junger Menschen zu wecken, aber sicher keine dauerhafte Lösung für die konkrete Beteiligung der Jugend – denn letztlich ist dies eine Beteiligung zweiter Klasse. Wir fordern jeden Stadt- oder Gemeinderat und Kreistag auf, die gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen und Jugendliche aus den Jugendverbänden bei der Besetzung von Jugendhilfeausschüssen zu berücksichtigen.

- Die Junge Union NRW fordert die Landesregierung auf, das NRW-Kommunalwahlgesetz zu reformieren, um die Stichwahlregelung für Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister abzuschaffen. Diese wurde 2011 durch die rot-grüne Landesregierung wieder eingeführt und hat sich u. a. aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung nicht bewährt.

### ***„Bewährt und modern!“ – für eine ideologiefreie Familienpolitik***

Familien- und Gesellschaftspolitik wird auf kommunaler Ebene nicht durch riesige Programme und politische Gesellschaftsvorstellungen bestimmt. Es sind vielmehr die Wünsche und Notwendigkeiten der Menschen vor Ort, die den kommunalen Handlungsauftrag beschreiben. Dies ist auch für die Junge Union maßgebend. Unser Anspruch ist, für die Menschen Familie lokal zu ermöglichen – von bezahlbarem Wohnraum und Eigentum bis hin zur Ausstattung der Kindertagesstätte vor Ort. Wir stehen daher für eine nicht an ideologischen Gesellschaftsbildern orientierte kommunale Familienpolitik, sondern für eine moderne und dennoch bewährte Unterstützung der Familien in den Städten und Gemeinden:

- Wir stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die den Eltern aber dennoch Wahlfreiheit in Bezug auf Betreuungsmodelle gewährt. Dabei ist ein qualitativ hochwertiges und nachfrageorientiertes Angebot der Betreuungsangebote für unter 3-jährige wohnortnah zu schaffen und der bestehende Bedarf der Über 3-jährigen weiterhin zu decken.
- Gleichzeitig müssen wir auch die Qualität und das Angebot im Bereich frühkindlicher Bildung in den Kindertageseinrichtungen erhöhen. Dazu gehört vor

allem qualifiziertes, motiviertes und adäquat bezahltes Personal in den Kindertageseinrichtungen.

- Wir stehen für die Vielfalt von kirchlichen, kommunalen und freien Trägern. Dabei sind auch neue Modelle und Initiativen von Unternehmen wie z.B. Betriebskindergärten begrüßenswert und müssen aktiv unterstützt werden. Initiativen dürfen nicht an Verwaltungsbarrieren scheitern.
- Kommunale Mittel für Erziehung und Betreuung müssen wieder mehr in die Einrichtungen fließen anstatt in immer mehr neue Beratungsangebote. Es gilt vielmehr vorhandene Hilfe und Beratung besser zu koordinieren.

### **„Qualität vor Struktur“ – Bildungspolitik für gute Schulen**

Seit Jahrzehnten werden in NRW Schulstrukturen verändert. Nach dem „Schulfrieden“ 2010 verändert sich die kommunale Schullandschaft zwar langsamer, aber dennoch stetig weiter. Die Junge Union NRW fordert daher eine kommunale Bildungspolitik, die weniger die Schulform als Strukturdebatte diskutiert. Es ist vielmehr Aufgabe in allen Kommunen, Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Begabungen individuell zu fördern und ihnen den Zugang zu Bildung als Chance näherzubringen. Wir fordern daher eine Schulpolitik vor Ort, die Qualität und Leistung im Bildungssystem gewährleistet:

- Die Vielfalt des Schulsystems ist zu erhalten. Gymnasien, Sekundarschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Berufsschulen haben ihre Berechtigung. Auch freie und kirchliche Schulträger leisten ihren Beitrag für ein vielfältiges Schulangebot in den Städten und Gemeinden. Daher ist vor Ort eine gleichwertige Ausstattung mit Sachmitteln zu gewährleisten. Gleichzeitig darf das Land seine Begünstigung bestimmter Schulformen nicht zu Lasten der Kommunen fortführen.
- Für die anstehende Aufgabe, eine Beschulung im Rahmen des Inklusionsprozesses zu ermöglichen, sind den Kommunen vom Land ausreichende finanzielle Mittel für die erforderlichen personellen und infrastrukturellen Maßnahmen zu ermöglichen. Rot-Grün im Land stiehlt sich bei der Infrastrukturfinanzierung der Inklusion vor Ort unredlich aus der Verantwortung.
- Zu einer vielfältigen Schulpolitik gehört für uns der Erhalt bestehender Schulen in kleinen Gemeinden als Zwergschulen. Kleine Orte und Ortsteile müssen hier die

Möglichkeit haben, für ihre Zukunft überlebenswichtige Einrichtungen möglichst zu erhalten, wenn sie dies gemeinsam mit den Bürgern entscheiden und leisten wollen.

- Wir stehen für eine qualitativ gut ausgestattete Schule. Dies beinhaltet für uns weiterhin kommunal zu entscheiden, ob eine Schulsozialarbeit ergänzend zum pädagogischen Konzept angeboten wird, um die Schulen als „Lebensraum“ attraktiv zu gestalten, ohne dass die Kommune auf finanzielle Mittel des Landes verzichten muss. Gleichzeitig fordern wir eine technisch moderne Ausstattung und Nutzung „neuer“ Medien – verantwortet durch die Kommunalpolitik und orientiert am Bedarf in Gesellschaft und Wirtschaft.
- Wir fordern, Kinder von Zuwandererfamilien optimal in die Schulen einzugliedern und zu fördern. Eine gelungene Integration beginnt von Kindesbeinen an und muss in den Schulen unterstützt werden. Wir fordern, die Lehrkräfte in dieser Hinsicht weiterzubilden. Es gilt, Ausgrenzungen durch Sprachschwierigkeiten zu vermeiden. Dabei müssen auch die Klassengrößen überprüft werden, eine ausreichende Beschulung bedarf dabei eines Schüler-Lehrer-Verhältnisses, das die Betreuung jedes einzelnen Kindes gewährleisten kann.
- Die Junge Union NRW steht zum bedarfsgerechten Ausbau der offenen Ganztagschulen. Sie stellen ein bedeutendes und zumeist qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot dar. Auch hier ist allerdings die Rot-Grüne Landesregierung in der Pflicht, den Kommunen ausreichende Haushaltsmittel zu Verfügung zu stellen, um den Bedarf und die Nachfrage in den einzelnen Kommunen zu decken. Die Kommunen dürfen mit dem zunehmenden Ausbau der Angebote finanziell nicht allein gelassen werden. Wir fordern die noch stärkere Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Organisationen in die Ganztagsangebote. Dabei ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Schulen und Anbietern unabdingbar.

### ***„Solide Haushalten“ – für eine eigenverantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik***

Zu den Kernpunkten generationengerechter Politik gehört eine nachhaltige Finanzpolitik und verantwortungsvolles Wirtschaften. Dies bedingt, dass die Kommunen verstärkt selbst über Einnahmen und Ausgaben entscheiden dürfen und nicht stets von Entscheidungen

aus Düsseldorf abhängig sind. Erreicht werden kann eine neue Handlungsfähigkeit nur durch eine Reduzierung der kommunalen Schulden. Diese kommunale Entschuldung darf dabei nicht nur innerhalb der kommunalen Familie gestemmt werden:

- Die Städte, Gemeinden und Kreistage sind in erster Linie selbst für eine solide Haushaltspolitik verantwortlich. So müssen auch vor Ort Aufgaben kritisch untersucht und Standards in Frage gestellt werden. Die Übernahme von freiwilligen Aufgaben und zusätzlichen Zuständigkeiten muss sich vor allem an der Finanzierbarkeit und an dem Bedarf messen.
- Der kommunale Finanzausgleich ist wieder gerecht zu gestalten. Das bedeutet insbesondere, dass im Bereich des Soziallastenansatzes die eingeführte Überkompensierung von Sozialkosten beendet werden muss. Insgesamt ist das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs bedarfsgerecht anzupassen. Eine strikte Verbundquote von 23 Prozent und der Leistungsfähigkeitsvorbehalt des Landes im kommunalen Finanzausgleich sind auf den Prüfstand zu stellen.
- Die eingeführte Abundanzumlage (oder auch: „Kommunal-Soli“) ist abzuschaffen. Das Land NRW als tragfähige Staatsebene hat den am stärksten überschuldeten Kommunen durch Finanzhilfen und eine strikte Aufsicht zu helfen. Die Abschöpfung der Wirtschaftskraft abundanter Kommunen dagegen ist nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv, denn es macht nicht die Kranken gesund, sondern die Gesunden krank.
- Die Gewerbesteuer ist für die Kommunen eine wichtige Einnahmequelle. In ihrer jetzigen Form belastet sie jedoch insbesondere ertragsstarke Kapitalgesellschaften und ist daher extrem schwankungsanfällig, was viele Kommunen benachteiligt. Sie ist daher zu einem Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer weiterzuentwickeln.
- Die Junge Union NRW steht für eine stärkere Unabhängigkeit von gezielter Förderideologie im jeweiligen Fachministerium. Diese Politik am goldenen Zügel führt zu erheblichen Mitnahmeeffekten und damit zu Verschwendung. Anstelle aufwendiger Landesprogramme sollten Finanzmittel vermehrt pauschaliert und gerecht verteilt zur kommunalen Verwendung ausgegeben werden.

### **„Wirtschaftliche Entwicklung“ – kommunale Wirtschafts- und Energiepolitik**

Wohlstand für alle ist der Markenkern der sozialen Marktwirtschaft und damit auch der Union. Die Junge Union steht für eine wirtschaftsfreundliche, aber für den Menschen verträgliche kommunale Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsplätze in den Firmen und Betrieben vor Ort sichern den Wohlstand und die positive Entwicklung der Bürger, aber auch der Kommunen. Daher fordern wir:

- Die Kommunen müssen mehr in die Lage versetzt werden, Rahmenbedingungen zu schaffen. Die überörtliche Planung und Entwicklung durch Flächennutzungspläne, Gebietsentwicklungspläne und Landesentwicklungsplan sind stärker in eigene Abwägungsentscheidungen der Kommunen zu übergeben.
- Die weitere Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen muss wieder stärker durch die kommunale Eigenverantwortung bestimmt werden. Vor Ort wissen die Menschen am besten, welche Nutzung sie in ihrem Ort wollen und welche nicht.
- Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch die Kommunen hat sich mehr als bewährt. Daher soll diese kommunale Vermittlung künftig in allen Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt werden.
- Die Junge Union NRW spricht sich für eine stärkere Förderung von Existenzgründern durch die kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften aus.
- Die Energiewende ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit. Sie wird aber in einem weit höherem Maße durch Planung und Flächenbereitstellung von den Kommunen getragen, als man oft annimmt. Wir müssen den Kommunen und den Bürgern daher noch mehr Möglichkeiten geben, sich vor Ort an der Energiewende zu beteiligen. Dazu kann die Förderung von Photovoltaik, Solarenergie, Biomasse und Windkraft gehören. Viel drängender ist jedoch die energetische Sanierung bestehenden Wohnraumes und öffentlicher Gebäude.

### **„Gut und sicher leben“ – kommunale Sicherheitspolitik**

Die Menschen wollen sich in ihrer Heimat wohlfühlen. Ein Grundprinzip christdemokratischer Politik ist es, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in den eigenen vier Wänden zu leben. Mindestens muss aber ausreichend bezahlbarer Wohnraum

zur Verfügung stehen, um den Bedarf vor Ort zu decken. Die Junge Union NRW fordert daher:

- Eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung vor Ort und in Kriminalitätsschwerpunkten ist zentraler Bestandteil uniongeführter Politik. Wir setzen uns insbesondere für die Videoüberwachung solcher Kriminalitätsschwerpunkte ein.
- Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Kleinst- und Schwerstkriminalität. Eigentum ist in diesem Zusammenhang ein ebenso schützenswertes Rechtsgut.
- Drogenkriminalität muss im Ansatz bekämpft und durch gute Aufklärung bereits an den Schulen im Keim erstickt werden. Die Polizei und die kommunalen Sicherheitsbehörden dürfen nicht zugunsten von Sparpotentialen weiter ausgedünnt werden und müssen weiter in den Kommunen präsent sein.

### ***„Kommunen weiterentwickeln“ – für eine solide Infrastrukturpolitik***

Die Grundlage des Lebens vor Ort ist die Infrastruktur. Auf ihr baut alles andere auf. Teilweise ist es jedoch um die Infrastruktur in NRW erbärmlich bestellt. Das schadet langfristig nicht nur den Kommunen und den Menschen vor Ort, sondern dem gesamten Standort NRW. Die Junge Union NRW fordert daher:

- Die Sanierung von Straßen und Wegen ist eine Investition in die Zukunft und zugleich wichtig für den Erhalt kommunalen Vermögens. Ländliche Wege können dabei durch eigene Wirtschaftswegeverbände unterhalten werden.
- Rot-Grün richtet die Kommunen und die Unternehmen zu Grunde, indem Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekte durch übermäßig strenge Umweltauflagen, immer mehr Kontrollen und lange Planungswege behindert und oft sogar verhindert werden. NRW und seine Kommunen verlieren an Attraktivität für Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte. Wir müssen die ideologischen Barrieren hier überwinden.
- Der Radwegebau muss verstärkt werden, zum einen, um zusätzliche touristische Angebote zu schaffen, zum anderen, um die Schulwege sicherer zu machen. Prestigeprojekte, wie den Radschnellwegebau, lehnen wir ab.

- Der ÖPNV muss gestärkt und attraktiver gestaltet werden. In Ballungszentren ist eine noch bessere Vernetzung insbesondere in der Tarifstruktur anzustreben. Im ländlichen Raum sind vorhandene Angebote aufrecht zu erhalten. So ist der Erhalt bestehender Bahnverbindungen im SPNV wichtig. Er unterstützt die Wirtschaft und schont die Umwelt. Aber auch im ÖPNV sind vorhandene Strukturen zu optimieren – bei Gewährleistung der Grundversorgung.
- Die Breitbandversorgung muss deutlich ausgebaut werden, alle Menschen – ob in der Stadt oder auf dem Land – müssen an der Entwicklung teilhaben können. Für den ländlichen Raum bedeutet gerade eine funktionierende Breitbandversorgung einen wichtigen wirtschaftlichen Standortfaktor. Hier dürfen nicht durch Angebote zweiter Wahl die Siedlungskerne von dieser Zukunftstechnologie abgekoppelt werden.
- Interkommunale Gewerbegebiete können das „Kirchturmdenken“ in vielen Gemeinden überwinden und neue Wege für mehr Synergien und Arbeitsplätze eröffnen.
- Die kommunale Planung darf nicht nur auf aktuelle Ereignisse und Bedarfe reagieren, sondern muss sich an den sich wandelnden Wohnungsmarkt anpassen und vor allem auf die demographische Entwicklung einstellen. Dabei muss Leerständen aktiv begegnet werden. Freie und brache Flächen in Innenstädten und Siedlungskernen sind vorrangig zu verdichten. Altbausanierung und barrierefreies, altengerechtes Bauen sind hier unsere Antworten für die Zukunft. Gleichwohl muss auch weiter Entwicklungspotential durch bezahlbares Bauland zur Verfügung stehen.
- Die „Allianz für die Fläche“, noch zu Zeiten der christlich-liberalen Koalition entstanden, darf nicht von Rot – und vor allem Grün – missbraucht werden, um ideologische Ziele umzusetzen. Es darf nicht zulasten ländlicher Kommunen und Landkreise jegliches Entwicklungspotential genommen werden. Auch hier muss Entwicklung weiter möglich sein! Auch massive und unausgewogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen vom Land neu überdacht werden.

### ***„Ohne Gesundheit ist alles nichts“ – für eine flächendeckende Gesundheitspolitik***

Bereits heute stellt die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum oft ein großes Problem dar. Um die Attraktivität der Kommunen zu erhalten, müssen Hausärzte vor Ort sein, Krankenhäuser erreichbar und der Notdienst gewährleistet sein. Gerade ältere Menschen wünschen sich, ihren Lebensabend nicht fern der Heimat verbringen zu müssen. Die Junge Union NRW fordert daher:

- Die Krankenhausplatzversorgung ist langfristig auch flächendeckend durch Spezialisierung und Kooperationen aufrecht zu erhalten. In kleineren Kommunen können Ärztehäuser dem Rationalisierungsdruck in der Krankenhauslandschaft entgegenwirken.
- Dem Hausärztemangel ist in Städten und auf dem Land aktiv zu begegnen. Hierzu können auch kommunale Programme zur Gewinnung von Allgemeinmedizinern einen sinnvollen Beitrag leisten.
- Die kommunale Versorgung mit Wohnheimplätzen für ältere Menschen soll in einem abgestuften System erfolgen. Gerade ambulante Hilfen und betreutes Wohnen wie auch Mehrgenerationenhäuser haben sich hier bewährt und sollten gefördert werden.

### ***„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ – für kommunale Kunst & Kultur***

Erhaltung eines kommunalen Kulturangebotes ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die auch in Zeiten der Haushaltssanierung einen eigenständigen Platz verdient, damit Kulturangebote nicht dauerhaft verschwinden. Dennoch darf auch im Bereich Kunst und Kultur kein Denkverbot für Einsparungen und Effizienzmöglichkeiten herrschen. Die Junge Union steht für die kommunale Kulturpolitik:

- Wir wollen das Angebot von Museen, Theatern und weiteren Kultureinrichtungen schützen, jedoch einen noch stärkeren Fokus auf Zusammenarbeit der verschiedenen Kulturträger legen und einen Abbau von Parallelstrukturen schaffen.
- Stärkung von ehrenamtlichen und freien Kulturangeboten und eine stärkere Differenzierung bei der Subventionierung von Hochkultur.

- Eine Lockerung der zwingenden Auflagen für Kunst an öffentlichen Gebäuden, die vielfach hohe Investitionen bedeuten, zugunsten einer Erhaltung lebendiger Kulturangebote.

### ***„Mitmachen erwünscht!“ – für die Erhaltung ehrenamtlichen Engagements***

Das Leben in unseren Städten lebt vom ehrenamtlichen Engagement und vom Vereinsleben. Rund 75 Prozent aller Bürger sind ehrenamtlich aktiv oder in einem Verein Mitglied. Dieses Potential von gesellschaftlichem und menschlichem Miteinander gilt es seitens der Politik vor Ort zu unterstützen und zu fördern. Staatliche Leistungen und Beratungen können das Wissen und das Engagement des Ehrenamts nicht kompensieren. Die Junge Union fordert daher:

- Die Stärkung von Vereins- und Verbandsarbeit in Kirche, Sport, Kultur und Gesellschaft vor Ort. Diese Institutionen sind die Anlaufstelle für ein gutes und friedliches Miteinander und erfüllen somit eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.
- Wir fordern bei Zuschüssen an Vereine und Verbände deren Eigenverantwortung zu stärken und diesen die Selbstverwaltung von Mitteln zu ermöglichen. Sinnvolle fachpolitische Instrumente können dabei ein Jugendring, ein Stadt- oder Gemeindefortsportbund oder ein Kulturring sein, der Bedarfe ermittelt und eine Mittelverwendung organisiert. Kommunale Zuschüsse für Vereine sollten insbesondere an die Anzahl jugendlicher Mitglieder gekoppelt werden.
- Vor Ort ist die Bereitstellung und Nutzung kommunaler Gebäude und Anlagen für Sportvereine und kulturelle Organisationen Ziel unserer Bemühungen. Dabei muss für die Nutzung aber auch gelten, dass die kommunalen Leistungen nicht ins Unermessliche gehen können und ein angemessenes Entgelt zu zahlen ist.
- Neben der vereinsgebundenen Arbeit ist auch die offene Jugendarbeit weiter zu unterstützen. Diese erreicht oft junge Menschen, die nicht mehr von Vereinen und Institutionen angesprochen werden. Dennoch sind die Angebote am Bedarf zu orientieren. Die offene Jugendarbeit muss an Brennpunkten gezielt eingesetzt werden, anstatt dort, wo geringer Bedarf besteht ein schwaches, aber teures Angebot vorzuhalten.

- Die Junge Union NRW steht für eine Politik, die die Herausforderung des demographischen Wandels als Chance begreift und gestaltet. Daher sprechen wir uns für generationenübergreifende Angebote und für das Zusammenleben der Generationen aus. Dies muss insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen erfolgen.
- Auch Migration unter dem Gesichtspunkt einer Willkommens- und Integrationskultur ist für NRW als Einwanderungsland wichtig. Jeder der an unserer Gesellschaft teilhaben möchte, ist willkommen und hat die Möglichkeit, Angebote wie Sprach- und Integrationskurse zu besuchen, aber auch im ehrenamtlichen Bereich engagiert mitzuwirken. Einwanderer müssen deshalb auch gefordert werden, diese Angebote gezielt wahrzunehmen, um gerade in großen Städten die Entstehung von Parallelkulturen oder auch eine Ghettoisierung zu verhindern.
- Um ein gutes Miteinander vor Ort zu ermöglichen müssen auch Flüchtlinge und Armutsmigranten eingebunden werden. Wir wollen eine anständige Unterbringung von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und konsequente Umsetzung, konsequente Abschiebung von Flüchtlingen nach Ablehnung des Asylantrags, Übernahme von Krankheitskosten durch das Land NRW und eine Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten.
- Herausforderungen durch verstärkte Armutszuwanderung vor allem in Ballungszentren müssen wir durch verstärkte Integrationsbemühungen begegnen. Dazu fordert die JU NRW vereinfachte Verfahren für Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), Ausreise bei nicht Vorliegen der Kriterien des Aufenthalts, eine wirksame Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Überbelegung von Wohnraum, Unterstützung besonders belasteter Kommunen bei ihrer gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung, Steuerung der regionalen Verteilung von Zuwanderung und aktive Werbung für Arbeitskräften in NRW v.a. in Gebiete mit geringer Arbeitslosigkeit.

Die Kommunalwahl 2014 stellt für die Junge Union und die CDU eine große Herausforderung, aber auch eine große Chance dar. Ein Wahlsieg in unseren Städten, Gemeinden und Kreistagen gibt uns bei den Menschen weiter den Rückhalt auch für gute Politik im Land Nordrhein-Westfalen und im Bund. Es gilt daher in den kommenden

Wochen alle Kräfte zu mobilisieren, dass wir wieder als die „Kommunalpartei“ die Geschicke in den Räten und Kreistagen lenken können. Die hier aufgestellten Leitlinien können nicht alle Politikbereiche und konkreten Probleme vor Ort lösen. Sie dienen daher nur als Standortbestimmungen und bedürfen einer konkreten Ausgestaltung, Umsetzung und Erweiterung von den Mitgliedern der Jungen Union NRW vor Ort!